

Was (und wer) bleibt fürs Auswärtige Amt?

Außenpolitik und das Auswärtige Amt (AA) spielten im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle. Ihre geringe Relevanz wirkt sich in einer Welt, die – wie zuletzt in Afghanistan – aus den Fugen gerät, nachteilig für Deutschland aus. Was sind die Gründe dafür, und welche Gegenmaßnahmen sind denkbar?

Das Gewicht eines Ministeriums speist sich aus zwei Quellen: zum einen aus der Bedeutung, die das Ressort in konkurrenzpolitischer Hinsicht für die Profilierung der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen hat, zum anderen aus der sachpolitischen Expertise, die es mit Blick auf wichtige Zukunftsherausforderungen mobilisieren kann. In beiden Bereichen hat das AA Boden eingebüßt.

Außenminister erzielten früher hohe Sympathiewerte, die sich an den Wahlurnen auszahlten. Mittlerweile hat sich persönliches Ansehen jedoch von Unterstützung für die Partei entkoppelt. Waren Genscher und Fischer noch Zugpferde für FDP und Grüne, münzte sich die Beliebtheit von Steinmeier und Gabriel nicht mehr in Stimmen für die SPD um. Westerwelles Ansehen verfiel während seiner Amtszeit, an deren Ende die FDP den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte. Und der aktuelle Stimmenzuwachs der SPD wird kaum Heiko Maas zugerechnet.

Wie sieht es in sachpolitischer Hinsicht aus? Können durch die spezifische

Expertise des AA Punkte gegenüber der politischen Konkurrenz gesammelt werden? Auch hier schneidet das Ministerium schlecht ab. Seine Kernkompetenzen in Bereichen wie bi- und multilaterale Beziehungen, internationale Konflikte und Organisationen, Rüstungskontrolle oder Stabilisierungsmissionen sind zwar nach wie vor wichtig, die Länderexpertise der Diplomattinnen und Diplomaten unverzichtbar.

Die Fachkompetenz für zentrale Zukunftsfragen liegt jedoch woanders. Das gilt etwa für Digitalisierung, Energie- und Ernährungssicherheit, Gesundheit, Klimawandel, Migration, Nachhaltigkeit oder Ungleichheit, kurz: die großen Menschheitsherausforderungen. Das AA verfügt zwar auch in diesen Politikfeldern über beachtliche Expertise. Sie kann sich aber kaum mit dem Fachwissen messen, das die zuständigen Ministerien samt ihren nachgeordneten Behörden über Jahrzehnte hinweg aufgebaut haben.

Wenn ein Ressort weder in Konkurrenz- noch in sachpolitischer Hinsicht größere Profilierungsmöglichkeiten bietet, ist ein Bedeutungsverlust vorgezeichnet. Dies müsste indes nicht so sein. Auf seinem ureigenen Feld, der internationalen Politik, könnte das AA leicht reüssieren. Dafür sollte das Haus seine Zukunftskompetenz systematisch ausbauen.

Unerwartete Ereignisse prägen die internationale Politik der letzten zwanzig

Jahre. Angefangen mit dem 11. September über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Eurokrise, die Flucht- und Migrationskrise, den Brexit und die Amtszeit Trumps bin hin zur Pandemie und jüngst Afghanistan: Zahlreiche Überraschungen bewirken, dass reaktives Krisenmanagement über vorausschauende Politik dominiert.

Dabei mangelt es nicht an Warnungen. Dass Regierungen dennoch nicht adäquat vorsorgen, hat selten mit Ignoranz zu tun. Vielmehr gehen die entsprechenden Hinweise im Strom der tagespolitischen Anforderungen und der vielen Berichte über mögliche Krisen und Risiken unter, die glücklicherweise nicht Realität werden. Die Ungewissheit darüber, ob eine vermutete Überraschung tatsächlich eintreten wird, ist die treffendste Erklärung für unzureichende Vorbereitung.

Nun ist das AA prinzipiell gut dafür gerüstet, Wahrscheinlichkeitseinschätzungen über denkbare geopolitische Ereignisse abzugeben. Bestandteil des ministeriellen Vorbereitungsdienstes ist eine Grundlagenschulung in Vorausschau-Methoden, und fundierte Berichte über künftige internationale Entwicklungen zu erstellen gehört zum diplomatischen Alltagsgeschäft. Mit dem Datentool PREVIEW verfügt das AA zudem über ein IT-gestütztes Instrument zur Krisenfrüherkennung.

Das Vorausschau-Repertoire umfasst jedoch mehr. Wissenschaftliche Studien belegen, dass manche Per-

sonen überdurchschnittlich gut darin sind, Ereignisse in der Zukunft korrekt zu antizipieren. Diese sogenannten Superforecaster lassen sich mithilfe von Vorhersageplattformen finden, wie sie die britische Regierung nutzt. Auf „Cosmic Bazaar“ können Staatsbedienstete Prognosen über geopolitische Zukunftereignisse abgeben. Sie beantworten etwa Fragen danach, ob China bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Invasion Taiwans unternimmt, ob das arktische Eis in einem angegebenen Zeitraum um einen definierten Prozentsatz abnehmen wird oder wie sich die Covid-19-Infektionszahlen in den nächsten sechs Monaten entwickeln.

Die Ergebnisse seit dem Start des Projekts im April 2020 bestätigen Untersuchungen, die zeigen, dass – und warum – bestimmte Personen oft treffende Vorhersagen abliefern. Für Politikplanung und politisches Handeln sind belastbare Prognosen äußerst wertvoll. Ihre Auswertung kann dabei helfen, sich rechtzeitig auf die eine oder andere „Überraschung“ vorzubereiten. Ein Ministerium, das mit einer nachweislich hohen Vorhersagepräzision von relevanten Zukunftereignissen punkten kann, dürfte daher rasch an politischer Bedeutung gewinnen.

Lars Brozus ist Senior Associate in der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.